

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:455233-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Offenburg: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
2018/S 200-455233**

Bekanntmachung vergebener Aufträge

Ergebnisse des Vergabeverfahrens

Dienstleistungen

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

- I.1) **Name und Adressen**
Regierungspräsidium Freiburg – Dienstsitz Offenburg
Wilhelmstraße 24
Offenburg
77654
Deutschland
Kontaktstelle(n): Torben Ott
Telefon: +49 78112471-1682
E-Mail: torben.ott@rpf.bwl.de
Fax: +49 78112471-1700
NUTS-Code: DE134
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.rp-freiburg.de>

- I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Kommunalbehörde

- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Umwelt

Abschnitt II: Gegenstand

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Ingenieurleistungen Rückhalteraum Freistett
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
71300000
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Für den geplanten Rückhalteraum Freistett wurden die Objekt- und Fachplanungen von der Grundlagenermittlung bis zur Genehmigungsplanung vergeben, damit die erforderliche Planfeststellung erreicht werden kann.

Der RHR liegt im Ortenaukreis. Betroffen sind die Ortsteile Auenheim und Leutesheim der Stadt Kehl, sowie Honau, Diersheim, Freistett und Helmlingen der Stadt Rheinau. Die vor 1974 bei Hochwasser überströmten Bereiche werden heute überwiegend forstwirtschaftlich und für die Kiesgewinnung genutzt. Im geplanten Rückhalteraum ist ein Retentionsvolumen von mind. 9 Mio. m³ zu schaffen. Die vorliegende Konzeption schlägt hierzu eine „Große Lösung“ und „Mittlere Lösung“ vor. Dabei besteht erstere aus einer Fläche von 650 ha in insgesamt 6 Teilräumen. Bei der „Mittleren Lösung“ wird das erforderliche Mindestvolumen in 4 Teilräumen auf einer Fläche von 475 ha bereitgestellt. Im Rahmen der Planungen sollen auch 2 weitere kleinere Arrondierungsflächen als Optionen geprüft werden.

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja

II.1.7) **Gesamtwert der Beschaffung (ohne MwSt.)**

Wert ohne MwSt.: 3 835 829.51 EUR

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Planungsleistungen Neubau Grundwasserhaltungsmaßnahmen

Los-Nr.: 3

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71310000

71320000

71322000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE134

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Ingenieurleistungen für die Herstellung binnenseitiger Schutzmaßnahmen durch Brunnengalerien zur Grundwasserhaltung und Vorflutschaffung. Konzeptionelle Bearbeitung, Planung von ca. 40 Brunnen. Objektplanung Ingenieurbauwerke nach dem Leistungsbild in § 43 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

Fachplanung Technische Ausrüstung nach dem Leistungsbild in § 55 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

Besondere Leistung: Definition und Mitwirkung bei der Vergabe von zusätzlichen Leistungen im Bereich Geotechnik und Vermessung

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Qualitätskriterium - Name: Bewertung Projektleiter / Gewichtung: 19

Qualitätskriterium - Name: Bewertung Projektteam Planung Ingenieurbauwerke / Gewichtung: 24

Qualitätskriterium - Name: Bewertung Projektteam Planung Technische Ausrüstung / Gewichtung: 12

Qualitätskriterium - Name: Bewertung Organisation/Qualitätssicherung/Kapazitäten/Verfügbarkeit / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Bewertung Gesamteindruck / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 25

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Der Teilnahmewettbewerb wurde für alle 3 Lose parallel durchgeführt. Anschließend wurde das Verhandlungsverfahren im Los 1 durchgeführt. Nach Vergabe von Los 1 wurde das Verhandlungsverfahren im Los 2 und nach Abschluss von Los 2 das Verhandlungsverfahren im Los 3 durchgeführt. Damit wurden für Bieter die in mehreren Lose im Verfahren waren die benötigten Kapazitäten entsprechend berücksichtigt.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2017/S 248-523384](#)

IV.2.8) **Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems**

IV.2.9) **Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation**

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Los-Nr.: 3

Bezeichnung des Auftrags:

Planungsleistungen Neubau Grundwasserhaltungsmaßnahmen

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2) **Auftragsvergabe**

V.2.1) **Tag des Vertragsabschlusses:**

04/10/2018

V.2.2) **Angaben zu den Angeboten**

Anzahl der eingegangenen Angebote: 2

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 1

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 0

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3) **Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde**

Wald + Corbe Consulting GmbH

Am Hecklehamm 18

Hügelsheim

76549

Deutschland

Telefon: +49 72291876-00

E-Mail: mail@wald-corbe.de
Fax: +49 72291876-777
NUTS-Code: DE124
Internet-Adresse: <https://www.wald-corbe.de/>
Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4) **Angaben zum Wert des Auftrags/Loses (ohne MwSt.)**

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 1 249 354.71 EUR

V.2.5) **Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen**

Es können Unteraufträge vergeben werden
Kurze Beschreibung des Anteils des an Unterauftragnehmer vergebenen Auftrags:
Planungsleistungen der Tragwerksplanung und der technischen Ausrüstung

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Im Vergabeverfahren standen alle Informationen frei zugänglich auf der Internetseite <http://vof.istw.de> zur Verfügung.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Durlacher Allee 100
Karlsruhe
76137
Deutschland
Telefon: +49 721926-8730
E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de
Fax: +49 721926-3985
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Auszug aus: „Allgemeine Hinweise zur Anrufung der Vergabekammer“ der Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe, 76247 Karlsruhe vom 26.3.2018:
„... 2) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf schriftlichen Antrag hin ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten durch Nichtbeachten von Vergabevorschriften geltend macht. Der Antrag ist gem. § 160 Abs. 3 Nr. 1-3 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen und in der Regel vor Anrufung der Kammer gerügt hat bzw., wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe/Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Ferner ist ein Antrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB);
3) Der Nachprüfungsantrag soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Er ist unverzüglich zu begründen (§ 161 Abs. 1 GWB). Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners mit Anschrift, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren

Beweismittel enthalten. Es ist auch darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht (§ 161 Abs. 1 und 2 i. V. m. § 97 Abs. 6 GWB) und dass gegenüber dem Auftraggeber ordnungsgemäß gerügt wurde (§ 160 Abs. 3 GWB). Die sonstigen Beteiligten sollen, soweit bekannt, benannt werden (§ 161 Abs. 2 GBW);

4) Einen bereits erteilten Zuschlag kann die Kammer nicht wieder aufheben (§ 168 Abs. 2 GWB). Allerdings kann ein Zuschlag bzw. Vertrag unwirksam und damit ein Nachprüfungsverfahren zulässig sein, wenn ein förmliches Vergabeverfahren gar nicht durchgeführt wurde oder der Auftraggeber die Bieter oder Bewerber, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, vor Auftragserteilung hiervon nicht informiert hat. Einzelheiten hierzu, auch zu Fristen und Inhalt der Information finden sich in den §§ 134, 135 GWB. In der Regel darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information bzw. 10 Kalendertage bei Versand auf elektronischem Wege geschlossen werden;

5) Die Durchführung des Verfahrens löst nach § 182 GWB Gebühren aus, die in der Regel mindestens 2 500,00 EUR und höchstens 50 000,00 EUR betragen. Voraussetzung für eine Verfahrenseinleitung ist die Zahlung eines Vorschusses von mindestens 2 500,00 EUR. Soweit ein Verfahrensbeteiligter unterliegt, hat er die Kosten einschließlich der gegnerischen notwendigen Aufwendungen und ggf. die Kosten der Beigeladenen zu tragen. Hierzu können auch Rechtsanwaltskosten zählen, wenn die Beiziehung eines Bevollmächtigten notwendig war;

6) Die Partei, die unterliegt, kann mit der sofortigen Beschwerde das Oberlandesgericht Karlsruhe anrufen (§171 Abs. 3 GWB). Die Beteiligten müssen sich dort grundsätzlich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen (§ 172 Abs. 3 GWB).“

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Durlacher Allee 100

Karlsruhe

76137

Deutschland

Telefon: +49 721926-8730

E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

16/10/2018